

Dieter Boris, Stefan Schmalz

Eine Krise des Übergangs: Machtverschiebungen in der Weltwirtschaft

1. Lula in Beijing

Am 20. Mai 2009 verkündete der brasilianische Präsident Luiz Inácio „Lula“ da Silva nach einem Treffen mit dem chinesischen Staatspräsident Hu Jintao in Beijing die Absicht, dass der gemeinsame Außenhandel nicht mehr in US-Dollar, sondern in naher Zukunft in den Landeswährungen der beiden Staaten abgewickelt werden soll (China Daily 20.5.09). Diese Erklärung bildete den vorläufigen Höhepunkt einer strategischen Partnerschaft, die seit dem ersten Besuch Lulas im Jahr 2004 in China besteht. Heute existieren bereits u.a. gemeinsame sektorale Handelsabkommen, eine Kooperation im Hochtechnologiebereich, etwa beim Bau des Satelliten CBERS 2-B, und ein Kreditprogramm von 10 Mrd. US\$ zur gemeinsamen Exploration der Erdölvorkommen vor der brasilianischen Küste. Der bilaterale Handel hat sich alleine im Zeitraum von 2002 bis 2007 versechsfacht und im April 2009 löste China sogar die USA als den größten Außenhandelspartner Brasiliens ab (Le Monde 9.5.2009). Das Treffen der Staatshäupter fand so zu einem historischen Zeitpunkt statt: Die USA hatten diese Position seit 1930 inne, als sie Großbritannien von diesem Rang verdrängt hatten.

Doch für die chinesische Regierung war der Vortag des Gipfels von noch größerer Bedeutung. Am 18. Mai hatte sie die Konvertibilität ihrer Währung Yuan eingeführt und somit auch die Entscheidung getroffen, diese verstärkt als außenpolitisches Instrument einzusetzen und Shanghai zu einem globalen Finanzzentrum auszubauen. Es handelte sich um einen weiteren Schritt in Richtung einer aktiven Außenfinanzpolitik. In den vergangenen Jahren hatte sich China bereits auf dem afrikanischen Kontinent als neue Gläubigernation etabliert (Campbell 2008: 100). Im Rahmen der Weltwirtschaftskrise begann die Volksrepublik, diese Rolle nun auch in anderen Weltregionen wahrzunehmen. Ab dem dritten Quartal 2008 nutzte das Land seine gewaltigen Devisenreserven, um Kredite über 650 Mrd. Yuan (ca. 95 Mrd. US\$) an verschiedene Länder mit Zahlungsengepässen, etwa Argentinien, Indonesien, Südkorea, Hongkong, Malaysia und Weißrussland, zu vergeben. Außerdem formulierte der chinesische Zentralbankvorsitzende Zhou Xiaochuan ein eigenes Konzept für ein Weltwährungssystem, das an eine gemeinsame Rohstoff-Reservewährung

gekoppelt werden soll, was in den USA und Europa meist mit Verwunderung kommentiert wurde (FAZ 28.03.2009).

Die Geschehnisse deuten auf einen tiefen Wandel der Weltwirtschaft hin, in dem die Finanzkrise eine besondere Rolle einnimmt. Sie wirkt zum einen als Katalysator für globale Machtverschiebungen. Die BRIC-Staaten – allen voran China – klagen ihr Mitspracherecht in Institutionen wie dem IWF und der G20 ein und bauen eigene Foren auf. Auch der US-Dollar könnte als globale Reservewährung geschwächt werden. Zum anderen ist die Krise ein Ausdruck von langfristigen Widersprüchen, die sich im Rahmen des „Global Shift“ (Dickens 2007) aufgebaut haben. Gerade die Symbiose der Akkumulations- und Konsumtionsmodi zwischen den USA und China – die USA als verschuldeter „consumer of last resort“ auf der einen und China als Werkbank der Welt auf der anderen Seite – verzögerte zwar zunächst den Ausbruch der Krise, trug aber schließlich paradoxerweise zu deren Vertiefung bei.

Im Folgenden wird die räumliche Dimension der Weltwirtschaftskrise untersucht. Zunächst wird diese als „Switching Crisis“, d.h. als Übergang von einer räumlichen Konfiguration der Kapitalakkumulation zu einer neuen Ordnung interpretiert. Danach werden die langfristigen Machtverschiebungen in der Weltwirtschaft und der Aufbau von globalen Ungleichgewichten genauer unter die Lupe genommen. Schließlich werden regionale Verarbeitungsstrategien der Krise und damit Ansätze einer wirtschaftlichen und politischen Emanzipation verschiedener Weltregionen vom Westen – vor allem Ostasiens, Indiens und Südamerikas analysiert. Abschließend wird die These vertreten, dass die Phase des Übergangs mit einer neuen globalen Kartografie der Macht einhergehen könnte, wobei verschiedene Szenarien des Umbruchs diskutiert werden.

2. Theoretische Annäherung

David Harvey (2009) hat darauf aufmerksam gemacht, dass die übliche Interpretation der Krise als ein Zusammenbruch des Finanzmarktkapitalismus zu kurz greift. Denn mit ihr ist eine weitere Dimension verbunden, die nicht auf den ersten Blick ersichtlich ist. Bei der Krise handelt es sich auch um die Krise einer spezifischen räumlichen Anordnung der globalen Kapitalakkumulation. Das „Gravitationszentrum der kapitalistischen Entwicklung“ verschiebt sich seit den 1960er Jahren langsam nach Asien und hat so „den lang anhaltenden Sog von Reichtum vom Osten, Südosten und Süden Asiens nach Europa und Nordamerika umgekehrt, den es seit dem 18. Jahrhundert gab.“ (ebd.: 3) Solche Verschiebungen, etwa von Großbritannien zu den USA, hat es jedoch in der Geschichte des Kapitalismus immer wieder gegeben.

Harvey führt hier einen Gedanken von Giovanni Arrighi (1982: 71f.) weiter. Dieser hat herausgearbeitet, dass sich die großen Krisen der Kapitalakkumulation historisch meist auch als (Finanz-)Krisen einer spezifischen Struktur des Weltmarkts äußern, die von einer Hegemonialmacht besonders geprägt wird

(Arrighi 2000). Hegemonialmächte nehmen demnach die Funktion wahr, materielle, administrative und militärische Kapazitäten zu bündeln und ein Angebot von globalen Governance-Kapazitäten zur Verfügung zu stellen (Arrighi/Silver 1999a: 26ff). Sie beheimaten die Kommandohöhen der weltweiten Kapitalakkumulation und meist große militärische Macht. Historisch verlagerte sich diese Funktion schrittweise von den Stadtstaaten auf Nationen bis hin zu Kontinentalwirtschaften, d.h. von Genua und Spanien über die Niederlande auf Großbritannien und schließlich auf die USA. Die stetige Expansion des kapitalistischen Weltsystems war in immer mächtigere Blöcke von Regierungs- und Unternehmensorganisationen, immer größere und komplexere „spatial fixes“ (Harvey 2003: 109) eingelassen.

Ein erstes Krisenmoment dieser Konfigurationen, so Arrighis These, drückt sich meist in einer enormen Expansion des Finanzsektors aus, in dem aggressiv um liquides Kapital konkurriert wird und durch die die Hegemonialmacht kurzfristig neue Machtressourcen im Finanzsektor anhäufen kann. Diese Konstellation zieht jedoch langfristig dem Hegemonialstaat den Boden unter den Füßen weg. Die Aufblähung des Finanzsektors und die Vernachlässigung der Industrie in einer Region gehen mit der Entstehung neuer produktiven Zentren in anderen Regionen einher bis die Struktur des Weltmarkts schließlich in einer gewaltigen Wirtschaftskrise zerbricht. Schumpeters (2005: 139) Beobachtung, dass durch Innovationen alte Strukturen zerstört werden und neuen weichen, dass sich eine „schöpferische Zerstörung“ vollzieht, lässt sich auf den Weltmarkt übertragen. Durch eine „switching crisis“ (Harvey 1999: 428) wird eine alte räumliche Konfiguration der Kapitalakkumulation durch eine neue ersetzt. Ein solcher Umbruch spiegelt sich jedoch oft ungleichmäßig auf der institutionellen Ebene sowie in der Verfügungsgewalt über verschiedene Machtressourcen wider. Selbst wenn in der heutigen Konstellation von einer Erosion des imperialen Blocks von Regierungs- und Unternehmensorganisationen unter US-amerikanischer Führung ausgegangen werden kann, die durch die Finanz- und Wirtschaftskrise massiv beschleunigt wurde, verfügen die USA z.B. weiterhin über die militärische Vorherrschaft, sodass sich eine globale Zweiteilung zwischen den USA und Ostasien von militärischer und finanzieller Macht abzeichnet (Arrighi et al. 1999: 95f). Auch wirken die Rolle des US-Dollars und zentrale Global Governance-Institutionen, etwa IWF oder Weltbank, sowie technische Standards, die seit dem Zweiten Weltkrieg ins Leben gerufen wurden, dahingehend, dass sie durch günstige Spielregeln die US-amerikanische Macht verfestigen und diffundieren (Panitch/Gindin 2008: 37ff). Doch auch frühere hegemoniale Transitionen zeichneten sich durch graduelle Veränderungen aus: Der US-Dollar ersetzte das englische Pfund als Weltwährung erst rund 50 Jahre nachdem die Wirtschaftsleistung der USA jene von Großbritannien überholt hatte (Arrighi 2008: 256f.).

3. Machtverschiebungen in der Weltwirtschaft

Auch die heutige Verschiebung der weltwirtschaftlichen Kräfteverhältnisse erfolgte seit dem Zweiten Weltkrieg meist kontinuierlich-graduell. Markante Wendepunkte waren von krisenhaften Einschnitten begleitet, die jeweils einzelne Ländergruppen besonders betrafen.

Die USA hatten nach dem Zweiten Weltkrieg die Grundzüge einer neuen Weltordnung geschaffen, die sich auf finanzieller Ebene durch das feste Wechselkursystem von Bretton Woods auszeichnete und die zum „Goldenen Zeitalter“ des fordistischen Kapitalismus beitrug (Arrighi 2000: 372, Marglin/Schor 1991). Innerhalb des Fordismus ereignete sich eine erste Phase von Machtverschiebungen. Zum einen erholten sich die übrigen Zentrumsstaaten schnell von den Kriegsfolgen und wuchsen wesentlich rascher als die USA (Maddison 2006: 187, 217). Zum anderen hatte sich durch die Dekolonisierung der politische Einfluss der Peripherie erhöht, was die US-Hegemonie zusätzlich einschränkte. Schließlich geriet das Bretton Woods-System ins Wanken. Die hohen Kosten des Vietnamkriegs und die geschwächte Außenhandelsposition der USA untergruben die Aufrechterhaltung der Umtauschgarantie von Gold in US-Dollar. Da die europäische Kapitalistenklasse die politische Vorrangstellung der USA nicht mehr uneingeschränkt akzeptieren wollte, war das Abrücken der USA vom Bretton Woods-System mit dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen verbunden. Letzteres legte zusammen mit dem Ölpreisschock 1973/74 die Grundlage für eine erneute Expansion der Finanzmärkte.

Der US-amerikanische Machtblock konnte paradoxerweise diese „Signalkrise“ (Arrighi et al. 1999: 88) der eigenen Hegemonie nutzen, um seine Machtbasis in der Weltwirtschaft zu reorganisieren. Die US-amerikanische Regierung begann, die Weltgeldrolle des US-Dollars und die hohe Bedeutung des Finanzplatzes Wall Street politisch auszuspielen. Das „Dollar Wall-Street-Regime“ (Gowan 1999) ermöglichte, weltwirtschaftliche Prozesse über Instrumente wie die Leitzinsen zu steuern und auszunutzen. So war die Schuldenkrise 1982 u.a. auch eine direkte Folge der Hochzinspolitik des US-Notenbankchefs Paul Volcker (1979-1987). Sie warf die lateinamerikanischen und afrikanischen Staaten in den kommenden zwei Jahrzehnten in tiefe Krisen. Die US-Ökonomie wuchs gleichzeitig geringfügig rascher als die Weltwirtschaft (Dicken 2007: 41).

Dennoch war die Periode von einer zweiten Phase weltwirtschaftlicher Machtverschiebungen gekennzeichnet. Die „Neue Internationale Arbeitsteilung“, die sich bereits in den 1960er Jahren abgezeichnet hatte, ging mit einer beträchtlichen Verlagerung der industriellen Wertschöpfung in die Semiperipherie einher. Vor allem Ostasien profitierte vom Marktzugang für Exporte in die USA. Der Industriesektor der ersten Generation von Tigerstaaten (Hongkong, Südkorea, Singapur und Taiwan) expandierte zeitweilig mit zweistelligen Wachstumsraten (ebd.: 44). Es folgte eine zweite Tigergeneration, insbesondere Indonesien, Ma-

laysia und Thailand. Doch gerade die chinesische Volkswirtschaft wuchs seit ihrer Außenöffnung im Jahr 1978 mit stürmischen 9,8% jährlich. So setzte sich der rasante Aufstieg Ostasiens fort, nachdem sich die Wachstumsdynamik in Japan in den späten 1980er Jahren erschöpft hatte. Zusätzlich hatten verschiedene OPEC-Staaten wie Kuwait, Saudi-Arabien oder Dubai von den höheren Erdölpreisen profitiert und wurden zu Nettokapitalexporteurs, sodass sich die Peripherie und die Semiperipherie immer stärker diversifizierten.

Eine dritte Phase der Kräfteverschiebungen setzte schließlich nach den Finanzkrisen in Ostasien und Lateinamerika 1997-1999 und 2001-2002 ein. Diese ist seit der Jahrtausendwende an verschiedenen Indikatoren – wie z.B. dem Anteil am weltweiten BIP, an der Weltindustrieproduktion, den Direktinvestitionen oder der Zunahme des Außenhandelsvolumens – abzulesen. In diesem Zeitraum lässt sich in den Entwicklungsländern ein stürmisches BIP-Wachstum von 6,6% beobachten, das das der Industrieländer von 2,5% weit übersteigt (Goldberg 2007: 8ff). Zur Gruppe der rasch expandierenden Ökonomien war auch der IT-Standort Indien gestoßen, der seit einem Jahrzehnt um jährlich 7% gewachsen war. Bis zur Krise konnten auch Rohstoffexporteure, etwa Russland oder das subsaharische Afrika, vom Ressourcenhunger Asiens profitieren.

Als Ergebnis der Umbrüche seit dem Zweiten Weltkrieg kann vor allem der Aufstieg der Region Ostasien und rund eines Dutzends bedeutender Staaten der Semiperipherie festgehalten werden. Alleine zwischen 1980 und 2007 sank der Anteil der G7 an der Weltproduktion von 55,1% auf 39,5%, während der Anteil Asiens mittlerweile 28% beträgt (ebd.). Neben den ostasiatischen Tigerstaaten der ersten Generation haben sich vor allem die BRIC-Länder (Brasilien, Russland, Indien und China) und die OPEC-Staaten (Kaufmann 2008: 33ff), aber auch Länder wie Indonesien, Mexiko, Argentinien und Vietnam als feste Größen in der Weltwirtschaft etabliert. Diese Staaten sind zum einen durch große Bevölkerungen und/oder durch besondere Ressourcenvorkommen ausgezeichnet und haben eine kohärente Entwicklungsstrategie durchgesetzt (vgl. z.B. Kohli 2004).¹ Der wirtschaftliche Machtgewinn einiger Länder der Semiperipherie betrifft jedoch eine große Zahl peripherer Staaten kaum. Ihre wirtschaftlichen und sozialen Indikatoren stagnieren oder gehen zurück. Insofern findet die Verschiebung der Machtverhältnisse vor allem auf dem oberen und mittleren Stockwerk der Weltwirtschaft statt.

Außerdem bedarf es einer weiteren Spezifizierung. Die für die Ökonomie insgesamt relevanten Veränderungen von Anteilen am weltweiten BIP verlaufen zwischen Produktion, Handel, Investitionen, aber auch Finanzen, technischem Fortschritt oder Militärausgaben nicht parallel. Die Entwicklung der Anzahl der Patente oder der Ausgaben für Forschung und Entwicklung kann z.B. kei-

1 Länder wie Nigeria oder Pakistan zählen daher trotz großer Bevölkerungen und Rohstoffressourcen nicht zu dieser Gruppe aufholender semiperipherer Staaten.

nerlei Verbindung zur Wachstumsrate der Militärausgaben aufweisen. So haben sich trotz relevanter Verschiebungen auf der Ebene der Produktion zwischen dem Duopol USA/EU und den BRIC-Staaten zunächst keine analogen Veränderungen in diesen Bereichen ergeben (Schmalz 2006: 29ff.).

4. Globale Ungleichgewichte und Krise

Eine solche „mehrdimensionale“ Betrachtungsweise der weltweiten Machtverschiebungen stößt auch auf das Phänomen von wirtschaftlichen Ungleichgewichten. Der Begriff „globale Ungleichgewichte“ in der Weltwirtschaft bezieht sich dabei auf relativ dauerhafte (strukturelle) Überschuss- oder Defizitkonstellationen zwischen Ländern oder Ländergruppen, die jedoch langfristig kaum bestandsfähig sind, selbst wenn man den Gedanken für zutreffend hält, dass tiefe soziale und ökonomische Veränderungen immer über die Herstellung und Verwandlung von Ungleichgewichten ablaufen (Boris 2009a: 88ff.).

Solche globale Ungleichgewichte haben sich seit den späten 1990er Jahren zwischen den USA und in geringerem Umfang Großbritannien als Defizitländer einerseits und Japan, Deutschland und vor allem China sowie zahlreichen anderen aufstrebenden Schwellenländern als Überschussländern andererseits ergeben (Husson 2009: 23ff., Wolf 2008: 78). Das Gewicht letzterer hat in den Jahren nach der Jahrhundertwende derart zugenommen, dass heute „die adiierten Leistungsbilanzen der Länder des globalen Nordens (d.h. die frühere Erste Welt, einschließlich Japans) ein seit der Asienkrise von 1997/98 eskalierendes Defizit aufweisen – hauptsächlich aufgrund des US-amerikanischen Defizits –, dem ein eskalierender Überschuss in der Leistungsbilanz der übrigen Welt (d.h. der früheren Dritten und Zweiten Welt) entspricht“ (Arrighi 2008: 242). Im Jahr 2006 hatten die Überschüsse der semiperipheren Länder 544 Mrd. US\$ erreicht (Wolf 2008: 82).

Diesen Ungleichgewichten auf den globalen Güter- und Dienstleistungsmärkten stehen zum einen entsprechende Disproportionen auf monetär-finanzieller Ebene gegenüber. Letztere äußern sich in Kapitalströmen von Ländern der Semiperipherie in die Zentren, die diese „Missverhältnisse“ ausgleichen und deren Fortführung ermöglichen sollen. Im Zeitraum von 2000 bis 2006 waren 42 von 113 Entwicklungsländern Netto-Kapitalexporteure (UNCTAD 2008: 52ff). Die Kapitalflüsse können im Kauf von Staatsanleihen des Schuldnerlandes oder im Kauf von Unternehmensteilen bzw. Aktienpaketen bestehen. So ist China mittlerweile zum größten Gläubiger des größten Schuldnerlandes (USA) aufgestiegen, obwohl letzteres zu den reichsten Ländern der Erde zählt und China immer noch – trotz gewaltiger Aufholprozesse – ein Land ist, in dem bedeutende Bevölkerungsteile in Armut leben. Diese „perverse Konstellation“ (Wolf 2008: 4) ist unter anderem Ergebnis der Anhäufung von Devisenreserven in Ostasien und in Lateinamerika aufgrund der Erfahrungen mit den Währungs- und Finanzkrisen seit den späten 1990er Jahren (Schmalz 2008:

265f). Dadurch soll gegen plötzlichen Kapitalabzug und den häufig damit einhergehenden spekulativen Attacken gegen die eigene Währung vorgebeugt werden (EZB 2009a: 79f).

Zum anderen resultiert dieses „Missverhältnis“, bei dem Kapital – entgegen aller ökonomischen Theorie – im Weltsystem „aufwärts“ fließt, aus der guten und langen Konjunktur für Rohstoffe und Absorptionsproblemen in der Semiperipherie, d.h. der Unmöglichkeit diese Ressourcen kurzfristig sinnvoll zu investieren oder konsumtiv zu verausgaben. Zum Höhepunkt der aktuellen Weltwirtschaftskrise wurden die Devisenreserven der aufstrebenden Länder in Asien, Afrika und Lateinamerika (einschließlich der Erdöl exportierenden Länder der Peripherie) auf ca. 7 Billionen US\$ geschätzt (The Economist, 11.10.08). Mehr als zwei Drittel der Devisenreserven wurden erst nach der Asienkrise angehäuft. Die Gelder sind teilweise in Staatsanleihen entwickelter Länder oder in Unternehmensanteilen angelegt (Kaufmann 2008: 20ff). Allein die USA absorbierten bis zum Juli 2009 rund 3,4 Billionen US\$ durch ihre Staatsanleihen, wovon die chinesische Regierung Papiere im Wert von 800 Mrd. US\$ hält (US-Department of the Treasury 2009).

Dennoch divergiert weiterhin die weltweite Verteilung von Reichtum, Werten, Zugangs- und Verfügungsrechten. Der Ausgangspunkt und die Grundlage hierfür ist die Tendenz zu gewaltigen Überschüssen von anlagensuchendem Geldkapital (Überliquidität) in den Händen weniger Kapitalisten. Sie ist eine Folge einer verstärkten Einkommens- und Vermögenspolarisierung durch neoliberale Politikmuster (Schumann/Greife 2009: 84ff.). Die Polarisierungsprozesse, die auf nationaler und internationaler Ebene stattfinden, bildeten die Voraussetzung für die Erfindung neuer Anlage- und Absicherungsformen sowie für neue Finanzierungsmechanismen. Diese Innovationen der Finanzindustrie trugen auch dazu bei, die Ersparnisse aus den Schwellenländern anzusaugen (Brender/Pisani 2009: 59ff). Die chinesische Zentralbankpolitik war sogar explizit auf die Förderung dieses Transfers ausgerichtet.

Die dabei entstehende Symbiose – vor allem zwischen der US-amerikanischen und der chinesischen Ökonomie – galt in der ersten Dekade des neuen Jahrhunderts als Garant einer Wachstumskonstellation, von der die gesamte Weltwirtschaft Vorteile hatte. Die USA konnten ihre Militärausgaben weiter steigern, Steuersenkungen vornehmen, eine Niedrigzinspolitik zum Wohlgefallen der Konsumenten und Investoren betreiben sowie die stagnierenden und vergleichsweise niedrigen Löhne durch billige importierte Konsumgüter, günstige Kredite und preiswerte Immobilien kompensieren (Schmidt 2008). Die gesamtwirtschaftliche Sparquote des Landes bewegte sich im Jahr 2006 bei nur 14%, die Sparquote der Haushalte war zwischenzeitlich sogar negativ und ein Drittel aller Investitionen wurde aus dem Ausland finanziert (Wolf 2008: 69).

Die chinesische Volkswirtschaft hingegen konnte aufgrund der Sparquote von bis zu unglaublichen 59% und ausländischen Kapitalzuflüssen extrem hohe In-

vestitionsquoten von fast 50% realisieren, gleichzeitig hohe Exportüberschüsse erzielen, gewaltige Devisenreserven von mittlerweile über 2 Billionen US\$ anhäufen und dennoch den Wohlstand der urbanen Bevölkerung spürbar anheben. An dieser „Arbeitsteilung“ – hier Werkbank der Welt, dort „consumer of last resort“ – schien nichts Anstößiges zu sein. Doch die Mehrzahl der Mainstream-Ökonomen, aber auch kritische Analytiker haben die potenzielle Brisanz dieser asymmetrischen Symbiose unterschätzt (Goldberg 2007:11f., Panitch/Gindin 2008: 42).

Sicherlich wurde die aktuelle Krise nicht direkt durch die globalen Ungleichgewichte bzw. einen Versuch, diese zu korrigieren, ausgelöst. Es gab bisher keinen massiven Rückzug der Gläubiger aus den semiperipheren Ländern von ihrem Engagement in Aktien, Anleihen oder Krediten in den USA. Aber als die Krise – durch das Platzen der Kreditblase und den Immobilienpreissturz – begonnen hatte, wurde zunehmend die Glaubwürdigkeit der US-Regierung auch bei ausländischen Gläubigern hinterfragt und ein derartiger Abzug angedroht. Vielfach wird heute die Frage thematisiert, warum viele Regierungen der Schwellenländer – vor allem auch die chinesische – weiter ihre Devisen teilweise in US-Staatsanleihen anlegen, anstatt den eigenen Binnenmarkt zu stärken. Dies geschieht, obwohl die US-Wirtschaft stagniert und das Modell der auslandsfinanzierten Verschuldung mittelfristig auf Schranken stoßen könnte (vgl. Tabelle 1).²

Tabelle 1: *Hauptgläubiger der USA (US-Schulden in Mrd. US\$)*

	Jan 2008	Juli 2008	Jan 2009	Juli 2009
China	492,6	550	739,6	800,5
Japan	586,9	637,6	634,8	724,5
Großbritannien	161,9	66,1	123,9	220
Karibische Bankenzentren	108,1	117,6	176,6	193,2
OPEC	140,9	162,9	186,6	189,2
Brasilien	141,7	154,8	133,5	138,1
Russland	35,2	104	119,6	118
Hongkong	54,4	65,2	71,7	115,3
Luxemburg	68,4	89,7	87,2	92,2
Taiwan	38,9	67,9	73,3	77,4
Insgesamt	2403,8	2624	3072,2	3428

Quelle: *US-Department of the Treasury 2009*

- 2 Wahrscheinlich sind die Gründe in der nach wie vor herausragenden politisch-militärischen Rolle der USA zu suchen, aber auch in der Überlegung, bei einem massiven Abzug der Staatspapiere bzw. plötzlichem Verkauf selbst Verluste hinnehmen zu müssen. Zudem ist in Ostasien bisher kein Finanzplatz in der Lage, mit der Wall Street zu konkurrieren, da die ostasiatischen Finanzmärkte bisher zu fragmentiert und in China bisher stark reguliert sind.

Zentral ist hier die Frage, ob sich die massenhafte Anlage in vermögensunbeständigen und geringe Rendite versprechenden US-Staatsanleihen dauerhaft legitimieren lässt: „Es ist in der Tat wichtig zu verstehen, bis zu welchem Grad die chinesische Ökonomie heute unausgeglichen ist: im Jahr 2007 machte der individuelle Konsum gerade 35% des BIP aus. Zur gleichen Zeit investierte China 11% seines BIP in ausländischen Anlagen mit geringer Rentabilität (...) Man denke dabei an die Armut, in der noch hunderte Millionen von Chinesen leben, und dass dieser Nettotransfer von Ressourcen an das Ausland ungefähr einem Drittel des gesamten individuellen Konsums entsprach.“ (Le Monde, 29.09.09). Auch stützen die gewaltigen Summen, die über den Finanzsektor in die USA transferiert wurden, nicht nur den US-amerikanischen Konsum, sondern führten dazu, dass sich die US-amerikanischen Finanzinstitute immer stärker verschuldeten und ein immer höheres Risiko eingingen (Brender/Pisani 2009: 64).

Die wachsenden globalen Ungleichgewichte trugen somit dazu bei, die latenten Krisenmomente zeitweise zu überdecken. Der Verkauf von chinesischen Exportwaren in die USA floss als Dollarguthaben an die chinesische Zentralbank zurück, die wiederum zum Ankauf von US-Anleihen genutzt wurden. Sie stützten indirekt die Niedrigzinspolitik, erweiterten die Kreditbasis der US-Konsumenten und trugen so zur Immobilienblase in den USA bei (Roth 2009: 206). Die Ungleichgewichte haben die jeder Finanzkrise zugrunde liegenden Disproportionen zwischen der Realökonomie und dem Kredit- bzw. Finanzwesen zusätzlich verstärkt und damit die Tiefe der Krise forciert und gehören „ganz eindeutig zu den entscheidenden“ Faktoren (FTD 25.9.09).

5. Krisenbetroffenheit und Konjunkturprogramme

Auch die Betroffenheit der einzelnen Länder durch die Krise steht im Zusammenhang mit der Machtverschiebung. Im Unterschied zu früheren Finanz- und Währungskrisen lag das Epizentrum der gegenwärtigen Krise eindeutig in den USA, dann folgten Europa und Japan. Natürlich ist auch der globale Süden von der Krise betroffen, allerdings auf ziemlich unterschiedliche Art und Weise. Nach der ersten Schockwelle um die Jahreswende 2008/09, bei der es schien, als ob die Weltwirtschaft flächendeckend in eine lange Rezession eintreten werde, zeigten sich ab dem zweiten Quartal 2009 sehr unterschiedliche Entwicklungen, Betroffenheitsgrade und auch Anti-Krisenprogramme.

Die USA waren mit einem BIP-Rückgang von jeweils rund 6% im letzten Quartal 2008 und ersten Quartal 2009 verhältnismäßig stark betroffen, die Arbeitslosigkeit stieg bis Ende Oktober 2009 auf über 10%. Heute sind annähernd 100 Banken, darunter auch Schwergewichte wie Washington Mutual, zusammengebrochen. Durch die beträchtlichen Konjunktur- und Rettungsprogramme - 787 Mrd. US\$ für die Konjunkturankurbelung, 700 Mrd. US\$ für einen Banken-Bailout einschließlich der Übernahme von toxischen Papieren - sowie die extreme Niedrigzinspolitik ist der Absturz noch in Grenzen gehalten

Tabelle 2: Wachstumsraten ausgewählter Volkswirtschaften in Prozent im Vergleich zum Vorjahresquartal

	3. Qu. 08	4. Qu. 08	1. Qu. 09	2. Qu. 09	IWF-Prognose 09
USA	-2,7	-5,4	-6,4	-1,0	-2,7
Japan	-3,9	-13,1	-11,7	3,7	-5,4
Deutschland	-1,3	-9,4	-13,4	1,3	-5,3
Frankreich	-0,9	-5,6	-5,3	1,3	-2,4
England	-2,9	-7,0	-9,3	-3,2	-4,4
Brasilien	5,6	-13,8	-3,3	7,0	-0,7
Mexiko	-2,3	-9,8	-21,2	-4,4	-7,3
China	9	6,8	6,1	7,9	8,5
Indien	7,6	5,3	5,8	6,1	5,4
ASEAN-5	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	4,0

Quellen: IMF 2009; El Mercurio, 21.8.09; www.stats.gov.cn/english/; www.mospi.gov.in/

worden. Natürlich gingen die Konsumausgaben wegen der verschlechterten sozialen Situation bedeutender Bevölkerungsteile (Arbeitsplatzverlust, Lohneinbußen, Aktien- und Häuserpreisverfall etc.) deutlich zurück, die Sparquote stieg leicht an, entsprechend sanken seit längerer Zeit erstmals die Importe stärker als die Exporte, was das Leistungsbilanzdefizit etwas verringert hat (EZB 2009b: 10f.). Das Haushaltsdefizit dagegen hat sich sogar vergrößert und wird für das laufende Jahr auf 1,4 Billionen US\$ (das sind 9,8% des BIP) geschätzt. Da rund 70% des BIP auf Konsumausgaben entfallen, ist es fraglich, ob der weitere Rückgang dieses Segments durch Regierungsausgaben, private Investitionen oder Exporte kompensiert werden kann (The Economist, 3.10.09). Es überrascht daher nicht, dass das BIP im Jahr 2009 um voraussichtlich 3,4% schrumpfen wird.

In einer ähnlich dramatischen Lage befindet sich die japanische Volkswirtschaft. Auch wenn die zweitgrößte Ökonomie sich seit dem zweiten Quartal 2009 langsam erholt, hat das Land derartig unter dem Zusammenbruch des Exports gelitten, dass selbst das 75 Billionen Yen (ca. 830 Mrd. US\$) große Konjunkturprogramm nur wenig zur Besserung beitragen konnte (Burgschweiger 2009). Die Wahl von Yukio Hatoyama im August 2009 und das Ende der nahezu 55jährigen Herrschaft der LDP zeugen von einem Umbruch. Auch die Eurozone wurde mit einer geschätzten BIP-Entwicklung von -4,2% im Jahr 2009 stark von der Krise getroffen. Die EU war dabei unfähig, eine koordinierte Konjunkturpolitik zu betreiben, sodass die Krisenbekämpfungsprogramme in den Einzelstaaten äußerst unterschiedlich ausfielen (vgl. Becker/Jäger in diesem Heft). Besonders negativ war die Performance in Osteuropa. Während sich in den USA und den meisten europäischen Ländern ab Mitte 2009 der bis dahin verzeichnete BIP-Rückgang verlangsamte und in eine Stagnation überging, gab es in Osteuropa Fälle (z.B. Bulgarien und baltische Länder), bei denen sich die Talfahrt fortsetzte.

Umgekehrt erholten sich manche Länder vom zweiten Quartal an relativ schnell und steuern jetzt auf eine neue Wachstumsdynamik hin. Dies ist darin begründet, dass diese Staaten „nur“ vom zeitweisen Rückgang der Exporte, sinkenden „remittances“ und vom Preisverfall ihrer Hauptexportprodukte betroffen waren, weniger jedoch von Bankenzusammenbrüchen und Spekulationsblasen. Generell kann folgende Faustregel formuliert werden: Je geringer die Bedeutung des Binnenmarktes, je größer die außenwirtschaftlichen Verflechtungen, je stärker die sachliche und regionale Fixierung auf wenige Produkte bzw. den Westen als Hauptabnehmer und je größer die Außenabhängigkeit über Kredite und Verschuldung – umso größer war die Betroffenheit durch die Krise. Zugleich besteht eine Beziehung zwischen der Intensität der Betroffenheit, der wirtschaftspolitischen Orientierung und der Dimensionierung des Anti-Krisenprogramms. Dies sieht man z.B. an den unterschiedlichen Intensitätsgraden der Krise in einzelnen Ländern Lateinamerikas. Mexiko und Brasilien, die mit Abstand größten Ökonomien der Region, wurden von der gegenwärtigen Krise sehr unterschiedlich betroffen und reagierten ebenso abweichend in ihrer Konjunkturpolitik. Während Brasilien eine niedrige Außenhandelsquote aufweist, seine Verflechtungen mit den USA vergleichsweise gering sind und es seine Exportpalette und Handelsverknüpfungen diversifiziert hat, gilt für Mexiko das Gegenteil. Die von Brasilien angehäuften Devisenreserven sind mit 230 Mrd. US\$ fast dreimal so hoch wie die Mexikos. Obwohl Mexikos Wirtschaft 2009 um über 7% schrumpfen wird und diejenige Brasiliens nach letzten Schätzungen auf ein Nullwachstum zusteuert, ist das konjunkturpolitische Paket Mexikos in der Höhe von ca. 3% seines BIP wesentlich kleiner als das brasilianische Programm, das auf annähernd 10% seines BIP geschätzt wird. So ist es kein Zufall, dass in Brasilien seit dem zweiten Quartal 2009 viele relevante Indikatoren, etwa Produktionswachstum, Zufluss von Auslandskapital oder der Außenwert des Real, wieder deutlich nach oben zeigen und bereits im September alle verlorenen Arbeitsplätze zurückgewonnen wurden. Die Tatsache, dass Mexiko im April 2009 den IWF um einen Überbrückungskredit von 47 Mrd. US\$ bitten musste, während Brasilien dem IWF den Kauf einer Anleihe von 10 Mrd. US\$ zusagte, unterstreicht die divergierende Entwicklung (Boris 2009b: 139ff).

In vielen asiatischen Schwellenländern dagegen präsentiert sich ein Bild, das die Entwicklung in Brasilien noch weit hinter sich lässt: „In den aufstrebenden Volkswirtschaften Asiens erholt sich die Konjunktur seit dem zweiten Quartal 2009, und in den meisten Ländern war wieder ein positives vierteljährliches BIP-Wachstum zu verzeichnen. Umfangreiche Konjunkturprogramme und expansive geldpolitische Maßnahmen stützten die Investitionstätigkeit in dieser Region.“ (EZB 2009b: 14). Die chinesische Regierung hat mit einem Konjunkturprogramm von ca. 585 Mrd. US\$ auf die Krise reagiert. Davon gehen rund 207 Mrd. Euro in die Infrastruktur und rund 38% in Umweltausgaben (Garn-

reiter et al. 2009: 32ff). Ob eine Umstellung der chinesischen Wirtschaft auf eine stärkere Binnennachfrage in relativ kurzer Zeit möglich ist, scheint jedoch eher fraglich. Angesichts der Einkommenssituation der Unterlassen (bei gleichzeitig gestiegener Arbeitslosigkeit) und der Einkommensverluste der Mittelklassen scheint dies schwer vorstellbar. Auch die soziokulturelle Besonderheit dieses Landes mit einer hohen Sparquote (im Jahre 2008 waren es 56%!) steht einem schnellen „Umschalten“ entgegen. In Vorwegnahme dieser Probleme kündigte die chinesische Regierung Anfang 2009 an, bis 2011 eine umfassende kostenlose Krankenversicherung einzurichten (was ca. 100 Mrd. US\$ kosten wird). An den außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten scheint sich bislang wenig geändert zu haben, wenn auch das Exportwachstum seit längerem erstmals wieder hinter der Zunahme der Importe zurückblieb. Dennoch weist die bisherige ökonomische Entwicklung im Jahr 2009 darauf hin, dass eine jährliche Wachstumsrate von über 8% – was in China als kritische Größe zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit gilt – erreicht werden kann (EZB 2009b: 14).

In Indien war die Ausgangslage weniger günstig. Der Aktienmarkt wurde mit voller Wucht getroffen,³ es kam zu umfangreichen Kapitalabzügen, der Niedergang der Textilindustrie und der Agrarwirtschaft setzte sich fort. Der Export, der das Wachstum wesentlich getragen hatte, ging um 10% (2008) zurück, das Leistungsbilanzdefizit verdoppelte sich auf 5,1% des BIP (Al-Tajer/ Ebenau in diesem Heft). Das Konjunkturprogramm in Höhe von 2,6% des BIP ist eher klein. Eine bewusste Rücknahme der Exportorientierung zugunsten einer Binnenmarktorientierung ist nicht zu erwarten, zumal einige Branchen der Exportwirtschaft wie die Automobilindustrie die Krise verhältnismäßig gut bewältigt haben (FAZ, 21.09.2009) und das BIP-Wachstum für 2009 auf 5,4% geschätzt wird.

Ausgehend von einem sehr viel niedrigeren Niveau wird Afrika laut Weltbankprognose im Jahr 2009 insgesamt nur um 1,7% wachsen, d.h. sogar geringer als die Wachstumsrate der Bevölkerung. Einzelne Länder, die auf Rohstoffe spezialisiert sind, welche gegenwärtig nur niedrige Weltmarktpreise erzielen, werden noch negativer betroffen sein. Hilfsversprechen und Kreditzusagen aus den G-8-Ländern werden augenblicklich noch weniger eingelöst als zuvor. Afrika leidet unter der Krise mehr als jeder andere Kontinent (taz, 15.09.09; Martens 2009). Für Konjunkturprogramme fehlen derzeit Ressourcen und Implementierungsmöglichkeiten.

Aus dieser kurzen Skizze geht hervor, dass sich die Gewichte in der Weltwirtschaft durch die Krise beschleunigt verschieben werden. Die entwickelten kapitalistischen Industrieländer Nordamerikas, Europas und Japan werden in ihren Anteilen weiter zurückfallen. Auch die ärmsten Entwicklungsländer werden

3 „Im Oktober (2008) verlor der indische Aktienmarkt rund eine Billion US Dollar, mehr als das gesamte indische Brutto sozialprodukt des Jahres 2007/08.“ (Wildcat Nr. 83, 2009: 24).

in Bezug auf Außenhandelsintensität, Direktinvestitionen, BIP-Wachstum marginalisiert bleiben, während sich ein Teil der Semiperipherie – trotz zeitweiliger Rückschläge – den Ländern des Zentrums weiter annähern wird. Die Krise hat auch Spuren im globalen Bankensektor hinterlassen: Waren unter den größten 20 Finanzinstitutionen im Jahr 1999 noch 11 US-amerikanische und vier britische Finanzinstitute und keine einzige Bank aus der Semiperipherie, waren 2009 nur noch drei US-amerikanische und eine britische Bank unter den Top 20, während mittlerweile drei chinesische Banken an der Spitze stehen und jeweils noch zwei weitere chinesische und brasilianische Institute im Ranking hinaufgeklettert sind (Financial Times 22.3.09).

6. Wie der Phönix aus der Asche: Der IWF, die G-20 und die Weltfinanzgipfel

Die Krise ging auch nicht spurlos an den internationalen Finanzinstitutionen vorbei. Der IWF hatte bspw. seit der Schuldenkrise 1982 eine aktive Rolle als ein Instrument der Gläubigerstaaten eingenommen und dem verschuldeten Lateinamerika, Afrika, Osteuropa und auch einigen ostasiatischen Ländern Strukturanpassungsprogramme verordnet. Nachdem sich die Institution infolge der Finanz- und Währungskrisen einer zunehmenden politischen Delegitimation ausgesetzt sah (Stiglitz 2002), sank im Rahmen des Wachstumsbooms der vergangenen Jahre die Nachfrage nach den Krediten des IWF, sodass im April 2007 nur noch knapp 11,1 Mrd. US\$ vergeben waren. Die Institution befand sich auf dem „Weg in die Bedeutungslosigkeit“ (Dieter 2008: 9). In Ostasien wurde mit der Chiang Mai Initiative ein regionaler Liquiditätsfonds geschaffen, durch den bereits im Jahr 2007 insgesamt 83 Mrd. US\$ zur Verfügung standen (ebd.: 10f) und der sich auf die gewaltigen Devisenreserven der Region (Ende 2008 mehr als 4 Billionen US\$) stützt (FTD 12.11.09). Überdies hatten sich die notorischen Schuldnerstaaten in Südamerika überwiegend von der Schuldenlast beim IWF befreit (Helleiner/Momani 2007: 5). Hier war nun der Prozess zur Gründung einer Bank des Südens (Banco del Sur) in Gang gekommen, deren Gründungsdokument jüngst von den Mitgliedsländern unterzeichnet wurde.⁴ Eine Folge war, dass der IWF im Geschäftsjahr 2007 Verluste von rund 100 Mio. US\$ machte, da die eigenen Betriebskosten die Zinserlöse überstiegen, und deswegen beinahe 20% der IWF-Mitarbeiter entlassen wurden. Zusätzlich wurde eine geringfügige Stimmrechtsreform im IWF durchgesetzt, durch die das Gewicht der Industrieländer von 59,5% auf 58% gesenkt wurde.

Einem ähnlichen Delegitimierungsprozess war die G-7/G-8 ausgesetzt. Sie

4 Die Gründungsmitglieder der Bank sind Argentinien, Bolivien, Brasilien, Ecuador, Paraguay, Uruguay und Venezuela. Chile nimmt als Beobachter teil. Das Kreditvolumen beträgt zunächst 20 Mrd. US\$.

diente seit 1975 zur Vernetzung der Staatsapparate der wichtigsten Industrienationen, um die krisengeschüttelte kapitalistische Weltwirtschaft zu stabilisieren und die US-amerikanische Hegemonie zu reorganisieren (Schoppengerd 2007: 88). Diese Netzwerkstruktur geriet in den vergangenen Jahren immer stärker in die Kritik. Die globalisierungskritische Bewegung wandte sich gegen das Demokratiedefizit und die Politik der G-8. Außerdem wurde die Forderung nach einer Erweiterung der G-8 um weitere wichtige Schwellenländer – insbesondere um China – laut (Linn/Bradford 2006). Ein Beitritt war jedoch zunächst unwahrscheinlich – Brasilien, Indien, China und Südafrika wurde lediglich ein Beobachterstatus eingeräumt.

Erst die Krise wirkte verändernd und erneuernd auf die Institutionen. Die Abwertung der G8 zugunsten der G20 und die Reform des IWF waren eng miteinander verbunden. Direkt nach Krisenausbruch begann der IWF, in vielen Fällen als Retter zu operieren (Becker 2009; Die Welt 2.03.09). Der IWF vergab zunächst Kredite über 50 Mrd. US\$ an Länder wie Island, Ungarn, Lettland, Weißrussland und Pakistan. Es folgten weitere Abkommen, darunter mit osteuropäischen Staaten, etwa ein Kredit für Rumänien über 10 Mrd. US\$, sowie eine gewaltige Finanzspritze über 47 Mrd. US\$ an Mexiko. Dennoch ist bei der Kreditvergabe auffällig, dass Länder bestimmter Regionen, die ehemals vom IWF abhängig waren – insbesondere Ostasien, Russland und Südamerika –, durch Eigenmittel oder bilaterale Hilfe über die Runden kamen.⁵

Diese Regionalisierung der Kreditvergabe wurde von einer Reform der Institution begleitet. Bereits im November 2008 wurde in Washington zu einem internationalen Finanzgipfel geladen, um Maßnahmen gegen die Krise zu diskutieren. Das Forum für diesen Aushandlungsprozess war jedoch nicht mehr die G-8, sondern die G-20 und damit eine Institution, in der auch wichtige Länder der Semiperipherie wie Indien, China, Brasilien, Indonesien, Südafrika oder Saudi-Arabien beteiligt sind.⁶ Als Ergebnis des Gipfels wurde in einer Abschlusserklärung die Agenda für einige Reformen im Finanzsektor gesetzt. Die

5 In den Medien wurde kaum berichtet, dass die US-amerikanische Zentralbank im Oktober 2008 Kreditlinien (im Austausch gegen Landeswährung) von jeweils 30 Mrd. US\$ an die Zentralbanken von Mexiko, Brasilien, Südkorea und Singapur vergeben hat (Dieter/Schipper 2009: 8). Diese Maßnahme war notwendig, da diese Staaten große Mengen an US-Staatsanleihen halten.

6 Die G-20 zählt 19 Kernstaaten, die mittlerweile um einige Länder erweitert wurden: „Zur ‚echten‘ G 20 zählen Amerika, Argentinien, Australien, Brasilien, China, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Kanada, Mexiko, Russland, Saudi-Arabien, Südafrika, Südkorea und die Türkei. In Pittsburgh sind neben den Ministerpräsidenten Spaniens und der Niederlande auch die aus Schweden (der EU-Ratspräsidentschaft), Singapur (dem Apec-Vorsitzenden), Thailand (für die Asean) und Äthiopien (Nepad) dabei. Vertreten sind auch die Vereinten Nationen, der Internationale Währungsfonds, die Weltbank, das Financial Stability Board, die EU-Kommission, die Kommission der Afrikanischen Union, die Internationale Arbeitsorganisation, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und die Welthandelsorganisation.“ (FAZ 25.09.09).

geplanten Neuregelungen sind jedoch nicht sonderlich weitgehend, also kein zweites Bretton Woods (Helleiner/Pagliari 2009). Die eigentliche substantielle Veränderung bestand in der Ausweitung der Gruppe. Beim Folgegipfel in London im April 2009 wurden erste Beschlüsse getroffen. Diese beinhalteten u.a. die Anfertigung einer schwarzen Liste von Steueroasen und eine stärkere Beaufsichtigung von Hedgefonds. Außerdem wurde eine Reform des IWF verabschiedet: Das Kreditvolumen des IWF wurde auf 750 Mrd. US\$ ausgeweitet. Zusätzlich wurde eine neue Kreditlinie über 250 Mrd. US\$ an Sonderziehungsrechten aufgelegt, bei der die Kreditvergabe nicht mehr an Struktur Anpassungsmaßnahmen gekoppelt ist. Auch der Etat der Weltbank wurde um 100 Mrd. US\$ aufgestockt. Die Entscheidung, die G-20 nun als dauerhaftes Forum zu etablieren, hatte eine historische Bedeutung, da China, Indien und andere aufstrebende Länder nun „unwiderruflich die Schwelle zum Zentrum globaler Macht überschritten“ haben (Klein 2009: 4), d.h. sie können in Zukunft bei wichtigen Global Governance-Entscheidungen zumindest nicht mehr übergangen werden. Dieser Eindruck bestätigte sich in den Folgemonaten. Zunächst begannen die russische, chinesische und brasilianische Regierung erstmals IWF-Anleihen über 80 Mrd. US\$ zu kaufen. Auf dem Gipfel in Pittsburgh im September 2009 bezogen sich die wichtigsten Beschlüsse der Staatshäupter erneut auf die institutionelle Reform: Die Stimmrechte im IWF werden um 5% von den Industrienationen auf Entwicklungsländer umgeschichtet, so dass letztere über 48% der Stimmen verfügen und z.B. China zumindest ähnliche Stimmanteile wie Großbritannien besitzen wird. Außerdem soll sich die G-20 von nun an mindestens jährlich treffen.

Diese Governance-Reform schließt an die Bemühungen im globalen Süden an, eigenständige Foren aufzubauen, um die Vormacht des Westens in Frage zu stellen (Schmalz 2008: 274ff). In den vergangenen Jahren wurden verschiedene regionale Institutionen, etwa die Chiang Mai Initiative (2000) zur Finanzintegration, die Shanghai Cooperation Organisation (2001) für eine gemeinsame Energie- und Sicherheitspolitik oder das brasilianisch-indisch-südafrikanische Kooperationsforum IBSA-Dialogue Forum (2003) geschaffen. Bei der Politik auf den Finanzgipfeln war es vor allem die BRIC-Gruppe (2008), in der z.B. aktiv die Reform des IWFs und die Koordination des Kaufs von IWF-Anleihen vorangetrieben wurden. Umgekehrt lässt die Ankündigung, dass die G-8 zumindest in der Sicherheitspolitik weiterhin eine gewichtige Rolle spielen wird, darauf schließen, dass sich nun ein globales Mehrebenensystem ausdifferenziert. So könnten der transatlantischen NATO/G7-Struktur südliche Kooperationsbündnisse gegenüberstehen und letztlich in Institutionen wie der G-20 Konflikte ausgetragen und ein Konsens organisiert werden. Die Krise hat auf diese Weise auch auf der institutionellen Ebene eine Reorganisation in Gang gebracht, welche die ökonomischen Machtverschiebungen teilweise reflektiert.

7. Ein neuer „spatial fix“?

Die Krise von 2007 bis 2009 hat bewirkt, dass sich die Gewichtsverlagerungen in der Weltwirtschaft von „Westen“ nach „Osten“ und vom Zentrum in die bisherige Semiperipherie deutlich beschleunigt haben. Die These von Arrighi und Harvey, dass sich mit jeder heftigen Krise in der kapitalistischen Entwicklung bzw. dem Durchlaufen eines „systemischen Akkumulationszyklus“ eine hegemoniale Transition vollzieht, die sich durch regional-räumliche Umgruppierungen auszeichnet, scheint sich aktuell zu bestätigen. Der derzeitige Zusammenbruch von wichtigen Teilen des US-Finanzsystems schwächt das Dollar-Wall Street-Regime, über das die US-amerikanische Vorherrschaft in den vergangenen Jahrzehnten abgesichert wurde (Gowan 2009: 38ff.). Die Fortsetzung des durch Außenschulden finanzierten US-amerikanischen Konsums scheint mittelfristig nur mit politischen Konzessionen möglich, da die Legitimation des exportgetriebenen Dumpinglohnmodells in China aufgrund wachsender sozialer Unruhen zunehmend zur Disposition steht. Eine Abwertung oder Inflationierung des Dollars könnte wiederum die ausländischen Gläubiger verprellen und den Dollar mittelfristig als Leitwährung schwächen.

Die Krise wirkt als Katalysator: Während die Anti-Krisenprogramme in den USA und Europa zum großen Teil einen defensiv-stabilisierenden Charakter haben, sind gerade viele Maßnahmen der chinesischen Regierung nach vorne gewandt. Hierzu zählt der Versuch, die Konsumquote im eigenen Land zu erhöhen oder die in der Krise verstärkte Tendenz Chinas, neue Rohstoffquellen in der Welt zu erschließen bzw. entsprechenden Einfluss zu gewinnen, wobei auch Engagements in ausländischen High-Tech-Unternehmen zunehmend eine Rolle spielen (FTD, 28.07.09). Das Wachstum Chinas weist auch einen qualitativen Unterschied zur Dynamik Westeuropas in der Nachkriegszeit auf. Der Prozess wird von einer von den USA stärker unabhängigen Staats(kapitalisten)klasse gesteuert. China ist in den Global Governance-Institutionen unterrepräsentiert. Und die Wirtschaft des Landes besitzt aufgrund der bloßen Bevölkerungszahl weiterhin ein großes Expansionspotential.

Auch auf der institutionellen Ebene lässt sich ein erster Umbruch feststellen. Die alte transatlantische Governance-Ordnung scheint langsam einer Struktur zu weichen, in der die Semiperipherie stärker beteiligt ist. Die G-20 und die Reform des IWFs sind erste Schritte in Richtung einer solchen Restrukturierung. Unklar ist dabei jedoch, ob auch die peripheren Länder mittelfristig von diesen Reformen profitieren werden. Verschiedene Weltregionen, etwas das subsaharische Afrika, Mittelamerika oder Zentralasien, wurden von der Krise schwer getroffen. Gerade diesen Staaten wurden bisher keine neuen institutionellen Partizipationschancen geboten.

Die konkrete Ausgestaltung des Umbruches wird jedoch maßgeblich von politischen Entscheidungen und Kräfteverhältnissen beeinflusst werden. Es lassen

sich drei Szenarien unterscheiden:

a) Zumindest kurzfristig könnten eher konservierende Reaktionen auf die Weltwirtschaftskrise und die Infragestellung des „Chimerica-Modells“ eintreten, zumal Produktions-, Konsum- und Klassenstrukturen nicht plötzlich verändert werden können (Hung Ho-Fung 2009). So wäre denkbar, dass die USA zunächst in ihrer Schuldnerrolle verharren und sie durch eine geringe Abwertung und/oder Inflationierung des Dollars zu Lasten der Gläubiger teilweise abzumildern suchen. Letztere könnten eine derartige Entwicklung vorerst tolerieren, da sich für ihre Exportstrategie und für die Weltordnungsmachtrolle der USA bis auf absehbare Zeit keine Alternative anbietet. Allerdings baut die Toleranz gegenüber den Ungleichgewichten nicht nur auf verselbständigten Regierungsentscheidungen auf. Viel wird z.B. von den Reaktionsweisen der chinesischen Arbeiterklasse abhängen, denn die „entscheidende Voraussetzung für das Funktionieren dieser Symbiosekette war ... die Überausbeutung der chinesischen Arbeiterinnen und Arbeiter“ (Roth 2009: 206). Die Folge einer konservierenden Politik und eines geschickten „Decline-Management“ der USA könnte ein gradueller Übergang zu einem multilateralen Regime sein, das durch eine gemeinsame Hegemonieausübung der USA und Chinas charakterisiert sein würde, bei der bei weiterer militärischer und kultureller Dominanz der USA eine gegenseitige Abstimmung bezüglich weltwirtschaftlicher Fragen eine zentrale Rolle spielt.

b) Eine zweite Möglichkeit wäre, dass ein lang andauernder Übergangsprozess mit Zwischenstadien, z.B. einer zeitweiligen gemeinsamen Hegemonieausübung der USA und Chinas, mittelfristig durch einen neuen transnationalen „spatial fix“ unter der Führung eines ostasiatischen Blocks von Regierungs- und Unternehmensorganisationen abgelöst wird, in dem andere Schwellenländer ebenfalls eine gewisse Mitsprache erhalten. Für die Realisierung eines solchen Szenarios werden vor allem die innerasiatischen Konflikte bedeutend sein. Die starken wirtschaftlichen Verflechtungen im ostasiatischen Raum müssten durch eine politische Kooperation flankiert werden. Eine zentrale Rolle spielt dabei die Verbesserung des japanisch-chinesischen Verhältnisses und eine politische Zusammenarbeit zwischen den zukünftigen Großmächten Indien und China. Erste Absichtsbekundungen auf dem fünften Beijing-Tokyo-Forum im November 2009, eine asiatische EU gründen zu wollen, zeugen von einer Aufbruchstimmung und einem neuen Selbstbewusstsein, wozu auch die Weltwirtschaftskrise beigetragen hat (China Daily 3.11.09).

c) Ein letztes Szenario besteht darin, dass die Vereinigten Staaten zusammen mit ihren europäischen Verbündeten ihre technologische und militärische Macht sowie ihre kombinierten ökonomischen Potenziale einsetzen, der Weltmarkt durch protektionistische Blockbildung zerfällt und es zu einer Konfrontation zwischen den transatlantischen Status Quo-Mächten und den Herausforderern aus der Semiperipherie kommt. Die Entscheidung über ein

solches Szenario wird in den nächsten Jahrzehnten in den westlichen Staaten durch gesellschaftliche Auseinandersetzungen und Wahlen getroffen. Falls sogar das „Project for the New American Century“ der Regierung Bush in Form eines transatlantischen Projekts wieder salonfähig wird, könnte der ökonomische Machtverlust der USA und der EU zumindest vorübergehend aufgehalten werden. Dies könnte aber auch zu verheerenden Folgen wie größeren wirtschaftlichen Rückschlägen und sogar kriegerischen Konflikten führen.

Bisher ist nicht abzusehen, welche der Entwicklungstendenzen sich durchsetzen wird. Doch der Verlaufsprozess des aktuellen Krisengeschehens deutet am ehesten in Richtung eines weiteren Aufstiegs Ostasiens, der eine Mischform der ersten und zweiten Entwicklungsvariante begünstigt.

Literatur

- Arrighi, Giovanni (1982): A Crisis of Hegemony, in: Amin, Samir et al. (Hg.): *Dynamics of Global Crisis*, New York/London, 55-108.
- Arrighi, Giovanni (2000): Der globale Markt. Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen dem Anfang und dem Ende des 20. Jahrhunderts, in: *Journal für Entwicklungspolitik* Vol. 16, Nr. 4, 359-391.
- Arrighi, Giovanni (2008): *Adam Smith in Beijing. Die Genealogie des 21. Jahrhunderts*, Hamburg.
- Arrighi, Giovanni; Hui, Po-keung; Ray Krishnendu; Ehrlich Reifer, Thomas (1999): Geopolitics and High Finance, in: *Arrighi/Silver (Hg.) (1999)*, 37-96.
- Arrighi, Giovanni; Silver, Beverly (1999) (Hg.): *Chaos and Governance in the Modern World System*, Minneapolis/London.
- Arrighi, Giovanni; Silver, Beverly (2001): Capitalism and World Dis(order), in: *Review of International Studies*, Vol. 27, 257-279.
- Arrighi, Giovanni; Silver, Beverly (1999a): Introduction, in: *dies. (Hg.) (1999)*, 1-36.
- Becker, Joachim (2009): Osteuropa in der Finanzkrise: Ein neues Argentinien?, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* (Hg.): *Das Ende des Casino Kapitalismus? Globalisierung und Krise*, Berlin, 146-154.
- Boris, Dieter (2009a): Die Krise als Folge und Ausdruck globaler Ungleichgewichte, in: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, Vol. 20, Nr. 2, 88-101.
- Boris, Dieter (2009b): *Lateinamerikas Politische Ökonomie. Aufbruch aus historischen Abhängigkeiten im 21. Jahrhundert?*, Hamburg.
- Brender, Anton; Pisani, Florence (2009): *Globalised finance and its collapse*, Brüssel.
- Burgschweiger, Nadine (2009): *Japan in der globalen Finanzkrise*, GIGA Focus Nr. 3, Hamburg.
- Campbell, Horace (2008): China in Africa: challenging US global hegemony, in: *Third World Quarterly*, Vol. 29, Nr. 1, 89-105.
- Dicken, Peter (2007): *Global Shift. Mapping the Changing Contours of the World Economy*, London et al.
- Dieter, Heribert (2008): Der IWF auf dem Weg in die Bedeutungslosigkeit?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 7-2008, 9-14.
- Dieter, Heribert; Schipper, Lena (2009): *Lücken in der Tagesordnung des Londoner G-20 Gipfels*, SWP aktuell 16, März 2009, Berlin.
- EZB (2007): Korrektur globaler Ungleichgewichte vor dem Hintergrund einer zunehmenden Integration der Finanzmärkte, in: *dies.: Monatsbericht der EZB* (August 2007), 67-81.
- EZB (2009a): Akkumulation von Auslandsvermögen durch öffentliche Stellen in Schwellenländern, in: *dies.: Monatsbericht der EZB* (Jan. 2009), 79-92.
- EZB (2009b): Das außenwirtschaftliche Umfeld des Euro-Währungsgebiets, in: *dies.: Monatsbericht der EZB* (Sept. 2009), 9-19.

- Garnreiter, Franz et al. (2009): *Krise. Rezession. Absturz. Wege aus der Krise*, ISW Report Nr. 76, München.
- Goldberg, Jörg (2007): Aufschwung und Restrukturierung der Weltwirtschaft, in: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, Vol. 18, Nr. 3, 7-23.
- Gowan, Peter (1999): *The Global Gamble. Washington's Faustian Bid for World Dominance*, New York.
- Gowan, Peter (2009): Causing the credit crunch: the rise and consequences of the New Wall Street System, in: *Journal für Entwicklungspolitik*, Nr. 25, Vol. 1, 18-43.
- Harvey, David (1999): *The Limits to Capital*, London.
- Harvey, David (2003): *The New Imperialism*, Oxford/ New York.
- Harvey, David (2009): Tektonische Verschiebungen in der Weltwirtschaft. Warum das US-Konjunkturprogramm zum Scheitern verurteilt ist, in: *Sand im Getriebe* Nr. 74, 3-7.
- Helleiner, Eric; Pagliari, Stefano (2009): Towards a New Bretton Woods? The First G20 Leaders Summit and the Regulation of Global Finance, in: *New Political Economy*, Vol. 14, Nr. 2, 275-287.
- Helleiner, Eric; Momani, Bessma (2007): *Slipping into Obscurity? Crisis and Reform at the IMF*, *The Centre for International Governance Innovation*, Working Paper No. 16, February 2007.
- Hung Ho-Fung (2009): America's Head Servant? The PRC's Dilemma in the Global Crisis, in: *New Left Review*, Vol. 60, Nr. 6, 5-25.
- Husson, Michel (2009): *Kapitalismus pur. Deregulierung, Finanzkrise und weltweite Rezession. Eine marxistische Analyse*, Köln.
- IMF (2009): *World Economic Outlook. Sustaining the Recovery*, Washington DC.
- Kaufmann, Stephan (2008): *Investoren als Invasoren. Staatsfonds und die neue Konkurrenz um die Macht auf dem Weltmarkt*, Berlin.
- Klein, Martin (2009): Die G-20 in London: Twitter-Gipfel oder historische Wende?, in: *Wirtschaftsdienst* 4/2009, 214-215.
- Kohli, Atul (2004): *State-Directed Development. Political Power and Industrialization in the Global Periphery*, Cambridge.
- Linn, Johannes F.; Bradford, Colin I. (2006): *Pragmatic reform of global governance. Creating a L20 summit forum*, Policy Brief Nr. 152, Brookings Institution, Washington DC.
- Maddison, Angus (2006): *The World Economy. Volume 1: A Millennial Perspective*, Paris.
- Marglin, S.A.; Schor, J.S. (1991): *The Golden Age of Capitalism. Reinterpreting the Postwar Experience*, Oxford.
- Martens, Jens (2009): Wie die Wirtschafts- und Finanzkrise in den Süden transferiert wird: Vor einem globalen Entwicklungsnotstand?, in: *Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung* (Juni), 1-3.
- Panitch, Leo; Gindin, Sam (2008): Finance and American Empire, in: Panitch, Leo; Konings, Martijn (Hg.): *American Empire and the Political Economy of Global Finance*, New York, 7-43.
- Roth, Karl Heinz (2009): *Die globale Krise*, Hamburg.
- Schmalz, Stefan (2006): Die Bedeutung der Zahl: Gedankenexperimente zur Rolle der BRIC-Staaten in der Weltwirtschaft, in: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, Vol. 17, Nr. 3, 21-36.
- Schmalz, Stefan (2008): Umbrüche in der Weltwirtschaft: Aufstrebende Schwellenländer und der Niedergang von IWF und WTO, in: *Peripherie*, Vol. 28, Nr. 2, 259-279.
- Schmidt, Ingo (2008): Kollektiver Imperialismus, Varianten des Neoliberalismus und neue Regionalmächte, in: ders. (Hg.): *Spielarten des Neoliberalismus*, Hamburg.
- Schoppengerd, Stefan (2007): *Die G7/G8-Gipfel in der internationalen politischen Ökonomie. Studie Nr. 24 der Forschungsgruppe Europäische Integration*, Marburg.
- Schumann, Harald; Grefe, Christiane (2009): *Der globale Countdown. Gerechtigkeit oder Selbstzerstörung - die Zukunft der Globalisierung*, Köln
- Schumpeter, Joseph (2005): *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, 8. Aufl., Tübingen/Basel.
- Stiglitz, Joseph (2002): *Die Schatten der Globalisierung*. Berlin.
- UNCTAD (2008): *Trade and Development Report, 2008. Commodity prices, capital flows and financing of investment*, http://www.unctad.org/en/docs/tdr2008_en.pdf
- US-Department of the Treasury (2009): *Major foreign holders of treasury securities*, <http://www.treas.gov/tic/mfh.txt>
- Wolf, Martin (2008): *Fixing Global Finance*, Baltimore.